

Bärbel Bas, Co-Vorsitzende der SPD
Petra Köpping, stellvertretende Parteivorsitzende der SPD
Elisabeth Kaiser, Mitglied des SPD-Parteivorstandes

An den Verein
„Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.“
F.-Avenarius-Str. 5
01277 Dresden

Berlin, den 20. Januar 2026

Auflösung des Vereins

Sehr geehrter Herr Polster,
sehr geehrter Herr Dr. Weißenborn,
sehr geehrte Mitglieder des Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.,

wir kommen zurück auf die zuletzt geführte Korrespondenz. Zu unserem großen Bedauern haben wir erfahren, dass der Runde Tisch Rentengerechtigkeit e.V. auf seiner Mitglieder-versammlung beschlossen hat, sich aufzulösen. Elisabeth Kaiser hatte leider aus persönlichen terminlichen Gründen nicht teilnehmen können. Deshalb einige Worte auf diesem Weg:

Wir finden es immer gut, wenn Menschen mit gleichen Interessen sich demokratisch organisieren, um ihre Anliegen oder Ansprüche gemeinsam zu verfolgen. Ihren Einsatz in den vergangenen Jahren anerkennen und schätzen wir sehr.

Ihre Bemühungen hatten sich darauf gerichtet, Anerkennung dafür zu bekommen, dass die Ihnen zu DDR-Zeiten zugebilligten Zusatzrenten Ansprüche begründet haben, die Ihnen der gesamtdeutsche Gesetzgeber dann aber spätestens nach 1996 verweigert hat. Das ist ein aus Ihrer Sicht berechtigtes Anliegen, wenn es auch rechtlich, gerichtlich und verfassungsrechtlich nicht erzwungen werden konnte. Es wäre allenfalls eine politische Lösung möglich gewesen.

Die SPD hat in all den Jahren nach der deutschen Einheit dafür gekämpft, diese Regelungen anders zu treffen oder zu ändern. Es ist ihr lediglich gelungen, manche Übergangsfrist zu verlängern. Für weitere Korrekturen hatte sie zunächst keine Regierungsbeteiligung und später keine Koalitionspartner, mit denen das hätte umgesetzt werden können.

Seite 1 von 2

Die letzte Möglichkeit ergab sich mit dem Härtefallfonds, aus dem allen Betroffenen wenigstens eine gewisse finanzielle Anerkennung hätte gezahlt werden können. Leider war auch diesmal der Koalitionspartner von diesem Ziel nicht zu überzeugen; als Kompromiss wurde ein Härtefallfond gegründet, der Kriterien aufstellte, die es erforderlich machten, dass Antragstellerinnen und Antragsteller ähnlich bedürftig hätten sein müssen wie Sozialhilfeempfänger. Dieser Fonds verfehlte sein Ziel, weil es kaum Menschen gab, die seine Voraussetzungen erfüllten. Für eine Änderung seiner Kriterien fehlen auch jetzt die Mehrheiten.

Wir können verstehen, dass Sie unter diesen Bedingungen den Runden Tisch Rentengerechtigkeit e.V. auflösen. Wir bedauern sehr, dass unsere politischen Bemühungen erfolglos geblieben sind und wir Ihnen über viele Jahre hinweg nicht mehr helfen können.

Wir möchten Sie trotzdem bitten, von Ihrem politischen Engagement – nichts anderes war Ihre gemeinsame Arbeit für Ihre Ziele – nicht grundsätzlich und endgültig Abstand zu nehmen. Wie diese Sache zeigt, befindet sich Deutschland noch immer in einer Sondersituation nach 1989. Unter anderen Voraussetzungen wäre Ihr Engagement vielleicht mit mehr Erfolg belohnt worden.

Die Auflösung Ihres Vereins bedauern wir; deshalb hoffen wir, dass Sie ein offenes Wort zu schätzen wissen.

Mit freundlichen Grüßen



Bärbel Bas



Petra Köpping



Elisabeth Kaiser